

BASELLANDSCHAFTLICHE ZEITUNG



Papst Franziskus
Holen ihn Vorwürfe gegen
einen alten Gefährten ein?
AUSLAND 8

ANGEMESSEN
N° 10
ANGEZOGEN

Hiltl Hosen vom Besten.
Arlesheim,
Ermitagestrasse 10
klausriese@no-10.ch T 061 311 55 55

H. R. Giger
Das Art Center Basel präsentiert
100 Werke des «Alien»-Künstlers
KULTUR 39

Virtuell durch Ihr Geschäft
360° Rundgang • gratis auf Google Maps



business360
Google Street View für Geschäfte
www.business360.ch • Reinach • 061 712 04 34

Google Street View
trusted



1. Mai Am gestrigen Tag der Arbeit fanden auch in Basel und Liestal Kundgebungen statt. Kernforderung war die Lohngleichheit von Frauen und Männern. SEITE 24 FOTO: GEORGIOS KEFALAS/KEYSTONE

Basel kann Sozialhilfe-Geld nicht mehr zurückholen

Verlust Ein Jahr nach dem Ende der Unterstützungspflicht der Heimatkantone zeigt sich, dass Basel Millionen verliert

VON BENJAMIN WIELAND

In der Basler Sozialhilfe bereitet man sich auf massive Mindereinnahmen vor. Die Rede ist von 3,5 bis 4,5 Millionen Franken pro Jahr. Ursache ist das Ende der Unterstützungspflicht der Heimatkantone. Seit dem vergangenen Jahr kann die Sozialhilfe anderer Kantone keine Rechnungen mehr ausstellen, wenn deren Bürger sozialhilfeabhängig geworden sind. Bis im April 2017 galt die Zwei-Jahres-Regel: Wenn innerhalb von zwei Jahren nach Zuzug Unterstützung in Anspruch genommen wurde, musste der Heimatkanton für diese Leistungen gerade stehen.

Basel-Stadt profitierte von der Regresspflicht, wie alle Stadtkantone oder solche mit städtischem Zentrum, denn noch immer gilt: Wer arm ist, zieht es in Richtung Stadt. Bei den Abstimmungen in den Räten 2012 fügten sich jedoch die Basler Parlamentarier,

verzichteten auf eine Ablehnung oder einen Rückkommensantrag. Ständerätin Anita Fetz gab bei der Behandlung aber zu Bedenken, dass die Verluste für die bisherigen Nehmerkantone in die Millionen gehe, alleine Basel-Stadt könnten künftig bis zu 4,5 Millionen Franken jährlich fehlen. «Stellen Sie sich einmal vor», sagte Fetz, «dass eine solche Verlustsumme in einer anderen Region der Schweiz vorkommen würde! Das Heulen, Jaulen und Jammern hier drin wäre gross.»

Das Ende der Unterstützungspflicht der Heimatkantone könnte einen Trend verschärfen. Derzeit sind zahlreiche Kantone darum bemüht, die Bedingungen für Sozialhilfe-Bezügler zu verschlechtern. Der Beschluss des Baselbieter Landrats von vergangener Woche, den Grundbedarf bei der Sozialhilfe um 30 Prozent zu kürzen, sorgte jedoch national für Irritationen – und die Kritik reisst noch immer nicht ab. KOMMENTAR RECHTS, SEITE 21

KOMMENTAR

Sozial-Dumping nützt letztlich niemandem

Der Heimatort ist nur noch Nostalgie. Der Ständerat hat ihm die letzte wichtige Aufgabe entzogen. Er ist nicht mehr Sozialhelfer für Bürger, die in einem anderen Kanton wohnen. Der Entscheid ist richtig. Die Regelung war teuer, willkürlich und



von Benjamin
Wieland

nicht mehr zeitgemäss. Doch ohne diese weggefallenen Transferzahlungen nimmt die Belastung der urbanen Räume wieder zu. Denn noch immer zieht es Sozialhilfeabhängige vor allem in eine Richtung: in die Stadt. Und so braucht es Massnahmen auf Bundesebene.

Ziel ist es nicht, Stadt gegen Land auszuspielen. Vielmehr geht es darum, eine neue schädliche Entwicklung zu unterbinden. In der Schweiz ist eine Art Wettbewerb im Gange, wer die schlechtesten Bedingungen für Sozialhilfebezügler bietet. Kantone wie Aargau und Bern wollen bei der Sozialhilfe sparen, und auch Baselland ist auf den Zug aufgesprungen. Der Landrat hat vergangene Woche einer Motion zugestimmt, die den Grundbedarf der Sozialhilfe um 30 Prozent senken und auf Motivationszulagen setzen will. Sogar Gemeinden machen munter mit bei der Abwehr von sozial Schwachen. Nicht wenige Hauseigentümer werden dazu aufgefordert, freie Wohnungen nicht an Sozialhilfebezügler zu vermieten. Eine neue Form der Aussonderung.

Was es braucht, um das Sozial-Dumping zu unterbinden, ist ein nationales Rahmengesetz. Es müsste klar festhalten, welche Leistungen verbindlich sind. Nur eine Harmonisierung kann den Wettbewerb nach unten verhindern. Denn mit ihm ist keinem geholfen. Am wenigsten den Bedürftigen selbst.

@ benjamin.wieland@azmedien.ch



Mehr Mittel für die Integration

Asyl Der Bund zahlt jährlich 132 Millionen Franken zusätzlich an die Bildung und Betreuung von Flüchtlingen.

Der Bundesrat gibt den Forderungen der Kantone nach und unterstützt sie ab nächstem Frühling verstärkt bei der Integration von über 32 000 anerkannten Flüchtlingen und 42 000 vorläufig Aufgenommenen. Anstatt einer Pauschale à 6000 Franken erhalten sie neu 18 000 Franken pro Flüchtling.

Bundesrätin Simonetta Sommaruga spricht von einer «Investition». So sollen gerade die vielen jungen Männer im Asylwesen drei Jahre nach Ankunft eine Landessprache beherrschen. Nach vier weiteren Jahren sollen 70 Prozent von ihnen einen festen Job haben.

Um diese Ziele zu erreichen, wendet der Bund jährlich 132 Millionen Franken auf. Die Investition lohnt sich gemäss Sommaruga: Mit jedem investierten Franken könnten vier eingespart werden. Ob die Rechnung aufgeht, hänge von der Integrationsarbeit der Kantone und Gemeinden ab. SEITE 5

Mehrwertsteuer Verbraucherschutz kritisiert Händler

Seit Anfang 2018 gilt in der Schweiz ein tieferer Mehrwertsteuersatz. Der Konsumentenschutz hat bei Produkten verschiedener Händler untersucht, ob die Ersparnis an die Kunden weitergegeben wird. Bei der Mehrheit der untersuchten Produkte ist dies nicht der Fall. Die Händler verfolgen andere Strategien, die Senkung weiterzugeben. Coop und Migros senken zum Beispiel bei beliebten Produkten die Preise mehr als verlangt. Für den Konsumentenschutz ist dieses Vorgehen zu intransparent. Er fordert eine flächendeckende Senkung. SEITE 2/3

Keine Wahl Zullwil wird zwangsverwaltet

Es war zu befürchten: Nach Meltigen im vergangenen Jahr verliert mit Zullwil nun eine zweite Schwarzbuben-Gemeinde innert kurzer Zeit ihre Selbstständigkeit. Der Kanton Solothurn bestätigt auf Anfrage der bz, dass die Regierung voraussichtlich Mitte Mai beschliessen wird, einen Sachwalter einzusetzen. Mit nur noch zwei verbliebenen Gemeinderäten im ursprünglich fünfköpfigen Gremium ist Zullwil nicht mehr handlungsfähig. Zwar gab es zwei neue Interessierte, doch diesen fehlt die nötige Unterstützung durch die Gemeinsame Liste Zullwil. SEITE 27

INSERAT

Leichtfüssig...

Modische Damen-Sandale mit verstellbaren Riemen, dämpfender Luftpolstersohle, hochwertige Lederqualität, Bequemweite H.

Semler



per piedi
podologisches Institut
schutzspezialgeschäft
Weisse Gasse 15, 4001 Basel
beim Barfüsserplatz
Telefon 061 260 65 20

BON im Wert
von
Fr. 30.–

Gültig beim Kauf von
1 Paar Semler Damen-Sandalen
Modell «Dunja»
in Weiss, Hellblau, Hellgrau und Rose.
(Erhältlich solange Vorrat)

Fr. 139.– statt Fr. 169.–
Pro Paar 1 Bon. Gültig bis Samstag, 26.5.2018.
Mit anderen Vergünstigungen nicht kumulierbar.